

Positionspapier der GEW Hamburg zu den Bildungsplanentwürfen

Möglichkeiten erweitern, statt verengen!

Die GEW Hamburg sieht in den Bildungsplanentwürfen vertane Chancen sowie gefährdende Entwicklungen für Lehrer*innen und Schüler*innen.

Die drei Kernpunkte der Kritik liegen in

- einer **überlastenden Leistungsorientierung**,
 - einem **fraglichen Bildungs- und Gerechtigkeitsbegriff**
 - sowie dem **unrealistischen Implementierungsvorgang**:
-
- In den Bildungsplanentwürfen wird auf einen hohen unterrichtlichen Anteil an messbaren, vergleichbaren und verbindlichen Kernvorgaben gesetzt. Prüfungsformate sind zwingend vorgegeben und wurden in ihrer Anzahl zudem erhöht. Diese Leistungsorientierung geht ganz persönlich zulasten der Schüler*innen und Lehrer*innen, die unter Druck geraten, diese Leistungsvorgaben im zeitlich eng organisierten Rahmen zu erbringen. **Diese Überlast wird im Bereich Arbeitszeit und psychischer Gesundheit zu spüren sein und sollte von einem verantwortungsvollen Schulsenator angegangen werden.**
Denn zum einen bedeutet dies für Lehrer*innen nochmals eine Zunahme an Aufgaben und eine zeitliche Verdichtung von Arbeit, welche sich nicht in einer Anpassung geschweige denn Überprüfung der Lehrerarbeitszeitverordnung abbildet. Auch für die Schüler*innen erhöht sich das Arbeitspensum: Testung folgt auf Testung.
Dies und die Dichte der verbindlichen Inhalte lassen zum anderen Schüler*innen keinen Raum für motivierende Mitgestaltung schulischer Belange und Lerninhalte. Soziale Kompetenzen und Methoden des offenen, selbstverantwortlichen Lernens stehen der Leistungsorientierung nach. Dass so das psychische Wohlbefinden leidet, liegt eigentlich auf der Hand. Bestätigen tut dies aber auch die gerade veröffentlichte Robert-Bosch Studie. Diese hat ergeben, dass Schüler*innen gerade zu Corona stark belastet gesehen wurden. Sie litten besonders unter Motivations- und Konzentrationsschwächen – Belastungen, die weiterhin nachwirken und zunehmen. Auch Lehrer*innen sind dieser Studie nach stark belastet. Aufgrund hoher Aufgabenbelastungen und Neuerungen sowie durch Verlust der Sinnhaftigkeit der eigenen Profession und mangelnder Wertschätzung der Arbeit leidet das psychische Wohlbefinden. Lehrer*innen sind häufig zudem physisch stark angegriffen und suchen vermehrt Entlastung in Teilzeit – eine Hoffnung, die trügt.
 - Die Fokussierung auf verbindliche Leistung und Inhalte, deren Mess- und Vergleichbarkeit sowie die unreflektierte Einsatzvorgabe digitaler Endgeräte und Tools begrenzen die Sicht auf gute Bildung extrem: besonders überfachliche und digitale Kompetenzen, sinnstiftende Lebensweltbezüge der Inhalte, außerunterrichtliche Erfahrungen werden außer Acht gelassen. **Die Fraglichkeit dieses Bildungs- und Gerechtigkeitsbegriffes macht deutlich, dass eine grundlegende Verständigung über gute und gerechte Bildung nicht nur während des Implementierungsvorgangs dringend nötig ist. Inspirierende Bildungspläne sind hierfür eine Grundvoraussetzung.**
Der einseitige Fokus der vorgelegten Entwürfe unterschlägt die besonders nach Corona so wesentlichen und von vielen Seiten geforderte Aufrichtung des grundlegend notwendigen sozialen und emotionalen Miteinanders. Überfachliche Kompetenzen werden in den Bildungsplanentwürfen reduziert als Voraussetzung des „effektiven“ (!) Zusammenarbeitens

betrachtet. Die auf Inhalte begrenzte Bildung muss einen weiteren Horizont haben und der Erziehung muss Platz eingeräumt werden.

Die verbindlichen inhaltlichen Kernvorgaben, welche einen Großteil des Unterrichtsumfangs füllen werden, sowie die organisatorisch bedingte zeitliche Dichte der erhöhten Leitungsbemessungen lassen keinen Raum mehr für die Planung sinnstiftender Lebensweltbezüge sowie die Organisation außerunterrichtlicher Erfahrungen: Das motivierende „Wofür“ wird dem schlichten messbaren „Was“ geopfert.

Der Einsatz digitaler Endgeräte und Tools sowie die Inklusion scheinen innerhalb der aktuellen Entwürfe rein additiv den Inhalten zur Seite gestellt zu sein:

Die Bedeutung inklusiver Bildung wird marginalisiert, dagegen ist sie mehr denn je zentrales Fundament unserer von Diversität geprägten Gesellschaft. Inklusion ist erweiternd, statt verengend. Inklusive Bildungspläne müssen den Raum für individualisiertes Lehren und Lernen ermöglichen.

Die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt tauchen in den Bildungsplänen weder als Leitperspektive noch als Querschnittsthema auf, so wie es im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen explizit vereinbart wurde.

Die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs Informatik und die Vorgabe der Pläne, auf ein ausgewogenes Verhältnis von Digitalem und Analogem zu achten, zeigt, dass es in den Entwürfen nicht um die notwendige integrativ gedachte und gelebte Digitalität geht.

- Am 25.03.2022 legte die Schulbehörde Entwürfe für die neuen Bildungspläne aller Schulformen und Schulstufen vor. Nach drei Monaten, also Ende Juni, sollen die Rückmeldungen eingearbeitet werden. Gelten sollen die Bildungspläne ab dem Schuljahr 2023/24. Die so gestalteten zeitlichen Vorgaben sowie der immense Umfang der Entwürfe verunmöglichen einerseits den Dialog. Andererseits werden Rückmeldungen an die Verantwortlichen z.B. bei extra einberufenen Diskussionsforen direkt als unklug, fehlinterpretiert oder kurzsichtig abgetan. Von Dialog oder dem Ansinnen einer gemeinschaftlichen Gestaltung kann kaum die Rede sein. **Dieser unrealistische Implementierungsvorgang sollte zu Bodenhaftung gelangen, indem er entzerrt wird und allen Betroffenen und Beteiligten reelle Zeit für notwendige Betrachtungen, Dialoge und sinnhafte Gestaltungen gegeben wird.**

Gegen große Widerstände hat die Behörde immer wieder in den letzten Jahren neue Auflagen und Vorgaben durchgesetzt, ohne die Frage guter und gerechter Bildung grundlegend zu thematisieren – von Frieden an den Schulen konnte keine Rede sein. Dass es nun heißt, dies seien alles erfolgreiche Entwicklungen gewesen, die nun nur konsequent in den Bildungsplanentwürfen fortgeführt würden, ist Augenwischerei: Lehrkräfte und Schülerschaft mussten die neuen Anforderungen, Gleichsetzungen und Testungen akzeptieren, da es keine strukturellen Gestaltungsmöglichkeiten gab. Die Argumente wurden ignoriert, allein der Idealismus und die Profession der Lehrkräfte trugen die Neuerungen. Den Lehrer*innen werden für die notwendigen Besprechungen in den Kollegien und Fachgruppen keine zusätzlichen Zeiträume gegeben geschweige denn angerechnet. Somit fehlen schlicht die Zeit und der Raum, um die Entwürfe zu durchdringen, zu besprechen und Rückmeldungen zu formulieren. Dass in diesen drei für die Rückmeldung veranschlagten Monaten die Prüfungszeiten und Zeugnisvorbereitungen liegen, zeugt des Weiteren vom unrealistischen Vorgehen.

Den Bemühungen und guten Ansätze des differenzierten, selbstverantwortlichen und besonders des inklusiven Lernens an den Hamburger Schulen wird mit der Vorlage der Bildungsplanentwürfe sowie dem Vorgehen ihrer Implementierung noch weiter der Raum zur Entfaltung genommen. Der Blick der

Lehrer*innen muss sich unweigerlich weg von den Kompetenzen des Einzelnen hin zur Entwicklung der Masse wenden, in welcher der/die einzelne Schüler*in unterzugehen droht. In der überlastenden Leistungsorientierung glückliches Lehren und Lernen sowie gute und gerechte Bildung zu sehen, erscheint perfide.

Die GEW Hamburg fordert konkret mehr Zeit beim Implementierungsvorgang und einen reellen, ehrlichen Einbezug der Beteiligten und Betroffenen in der Ausgestaltung der neuen Bildungspläne. Die Chancen, welche diese Neuerung der Ausgestaltung bietet, müssen ergriffen, die gefährdenden Entwicklungen gewissenhaft abgewendet werden.

Nur so kann eine breite Akzeptanz der Bildungspläne sowie ein gelingendes, gesunderhaltendes Lehren und Lernen geschaffen werden.

Hamburg, 15.6.2022